

ihre Doppelbödigkeit darlegen. Die sowjetische Seite blendet sie in Ermangelung entsprechender Quellenforschung aus, d. h. die sowjetischen Pläne, Absichten und Entscheidungsfindungen werden nicht in vergleichbarer Weise analysiert und hinterfragt. Das Buch liefert somit zwar wertvolle Erkenntnisse: seine zusammenfassende Bewertung der hausgearbeiteten Fakten kann aber nur einseitig bleiben. *Christoph Stamm, Bonn*

Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe, Bd. 2: Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. 7. September bis 31. Dezember 1949, R. Oldenbourg Verlag, München 1996, 923 S., geb., 148 DM.

Die II. Reihe des nach Auflösung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen nunmehr in den Verantwortungsbereich des Bundesinnenministeriums übergegangenen umfangreichen Editionswerkes »Dokumente zur Deutschlandpolitik« soll die deutschlandpolitisch signifikanten Archivalien der »Jahre zwischen der ersten Sitzung des Deutschen Bundestages und der Erlangung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland am 5. Mai 1955« für die interessierte Öffentlichkeit erschließen. Der erste Band dieser Reihe erschien 1992 und hatte die Konferenz von Potsdam zum Gegenstand. Der hier vorzustellende zweite Band beleuchtet den Zeitraum von der Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages am 7. September 1949 bis zum Ende jenes Jahres.

Diese Monate waren grundlegend vom Bestreben der beiden in Deutschland neu gegründeten Staaten geprägt, sich bei gegenseitiger offizieller Nichtanerkennung wechselseitig die Legitimation streitig zu machen. Hielt man in der Bundesrepublik der DDR vor allem deren nicht vorhandene Fundierung durch eine demokratische Wahl vor und wertete sie allein als Geschöpf der sowjetischen Besatzungsmacht, so wurde der Weststaat in den Reihen der ostdeutschen Machthaber als »Speerspitze« und Marionettenstaat des westlichen »Imperialismus« diffamiert. Beide Staaten bezichtigten einander der Scheinsouveränität und der Schuld an der (vorläufigen) Vertiefung der deutschen Teilung. Die DDR besaß dabei insofern einen gewissen propagandistischen Vorteil, als ihr von den Sowjets von Beginn an ein eigenes Außenministerium zugestanden wurde. Daß sich die Westmächte in »ihrem« Teilstaat zu einem entsprechenden Schritt nicht entschließen konnten, führte dazu, daß vom Osten aus nicht das Grundgesetz, sondern das Besatzungsstatut als die wahre Verfassung der Bundesrepublik bezeichnet wurde.

Die propagandistische »Achillesferse« der DDR war hingegen ihre nicht vorhandene Legitimation durch eine Wahl. Die nach der deutschen Vereinigung im Jahre 1990 aus ehemals östlichen Archiven zugänglich gewordenen Dokumente belegen eindringlich, vor welchem Dilemma die DDR-Führung damals stand: Einerseits fürchteten die SED-Machthaber die außenpolitischen Rückwirkungen der westlichen Propaganda gerade in diesem Punkt. Andererseits aber waren sie bestrebt, die Wahlen im eigenen Machtbereich möglichst lange hinauszuschieben, wollten sie doch um jeden Preis sicherstellen, daß sie ein Wahlergebnis erreichten, mit dem sie sich auf internationaler Ebene nicht blamieren würden. Ihre Bemühungen, die Führungsriegen der Blockparteien in diese letztlich auf deren machtpolitische »Gleichschaltung« hinauslaufende Politik einzubinden, werden im hier vorliegenden Band ausführlich dokumentiert. Allerdings wird hier ebenfalls deutlich, in welchem Maße sich die Führungen der Blockparteien mit ihrer Kooperationsbereitschaft von ihren Basisorganisationen entfernten. In Parteiversammlungen wurde ihnen zuweilen gar entgegengehalten, man fühle sich durch die Ansinnen von SED-Seite an die Politik der Nationalsozialisten in den ersten Jahren nach 1933 erin-

ner. Die im hier zur Debatte stehenden Zeitraum betriebene »Westpolitik« der SED-Führung richtete sich vor allem gegen die SPD Kurt Schumachers, über dessen strikt antikommunistische Haltung man offenbar ernstlich erbittert war, hatte man doch ursprünglich gehofft, die »Blockpolitik« auch in die westlichen Besatzungszonen hineinragen zu können. Nach dem offensichtlichen Scheitern dieses Ansatzes sollte nun der Versuch unternommen werden, die Sozialdemokratie von innen heraus zu spalten, um ihr so doch noch ihren Anhang bei »den Massen« entwenden zu können.

Alles in allem liegt der Wert dieses Bandes der »Dokumente zur Deutschlandpolitik« denn auch vor allem in der den bisherigen Kenntnisstand differenzierenden Publikation von Dokumenten zur »DDR-Seite« der Deutschlandpolitik jener Monate. Allerdings wird auch hier kaum etwas wirklich Überraschendes zutage gefördert. Gleichwohl zeichnen sich infolge der vorzüglichen Auswahl der Quellen nationale wie internationale Interaktionsmuster auf dem genannten Felde der Politik immerhin in Ansätzen ab. Hier bleibt für die Forschung noch manches zu tun. Es ist zu hoffen, daß in den Folgebänden Dokumente zur sowjetischen Deutschlandpolitik stärkere Berücksichtigung finden können, als dies bisher möglich war, denn gerade hier sind noch viele Fragen – auch und gerade hinsichtlich der »Frühzeit« – offen. Nicht sicher ist sich der Rezensent indessen, ob in Zukunft nicht eine andere Organisation der Dokumente in den einzelnen Teilbänden zu empfehlen wäre. Gegenwärtig werden die bis dahin veröffentlichten und unveröffentlichten Materialien separat in je einem eigenen Teil zusammengefaßt. Aus der Sicht des Benutzers scheint dagegen ein durchgehend chronologischer Abdruck der Quellen sinnvoller, da sich auf solche Weise Sinnzusammenhänge unmittelbarer erschließen und das vergleichsweise mühselige »Parallel-Lesen« der Teilbände entfallen könnte.

*Enrico Syring, Gießen*

Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, Verlag C.H. Beck, München 1996, 464 S., Ln., 78 DM.

Die Verwandlung eines Millionenheeres vormaliger NS-Volksgenossen in die Bürger der Bundesrepublik ist in essayistischer Form bereits vielfach behandelt worden. Die Diskussion wurde jüngsthin vor allem durch die These Hermann Lübkes angeleitet, der im »Beschweigen« der Vergangenheit in den 1950er Jahren das »sozialpsychologisch und politisch nötige Medium« eines geglückten Wandels erkannte. Eine eingehende Analyse dieses Prozesses jedoch, seiner Ursachen, seiner Umstände, aber auch seiner Folgen stand bis heute aus. Norbert Frei hat mit seiner Studie eine erste dicht dokumentierte Studie zu dieser Frage vorgelegt, die sich nicht im Dickicht des publizistischen Umgangs mit der NS-Vergangenheit verliert, sondern sich bewußt hiervon abwendet und die Vorgänge selber untersucht. Sein Ziel ist die »Textkontrolle und Sinnprüfung« des vergangenheitspolitischen Kerns von Gesetzen, die Analyse von Entscheidungsprozessen, Einflußstrukturen und Diskussionszusammenhängen. Im Kern geht es ihm darum, die Motive der Akteure, die Wirkungen und Folgen ihres Handelns, und die Interdependenzen zwischen Politik, Publizistik und gesellschaftlichen Eliten in der Politik mit der Vergangenheit im ersten Nachkriegsjahrzehnt offenzulegen (S. 12).

Was aber versteht Frei unter »Vergangenheitspolitik«? Er definiert diese als einen politischen Prozeß mit drei Hauptfeldern: Amnestie, Integration und Abgrenzung. Konkret gemeint sind hiermit erstens eine Reihe von Gesetzen ab dem Jahre 1949, mit denen eine millionenfache Aufhebung von Strafen und für viele Deutsche eine Restitution des sozialen, beruflichen und staatsbürgerlichen Status quo ante vor der Entnazifizierung für viele Deutsche erreicht wurde; zweitens umfaßt Vergangenheitspolitik in der Sichtweise